

Polizei- und Ordnungsrecht

Nordrhein-Westfalen

Möstl / Kugelmann

2020

ISBN 978-3-406-74761-8

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Möstl/Kugelmann
Polizei- und Ordnungsrecht Nordrhein-Westfalen

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Polizei- und Ordnungsrecht Nordrhein- Westfalen

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Möstl

Professor an der Universität Bayreuth

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Prof. Dr. Dieter Kugelmann

Professor an der Deutschen Hochschule der Polizei, Münster;
Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

2020



Zitervorschlag:
BeckOK PolR NRW/Bearbeiter PolG NRW § 1 Rn. 1



www.beck.de

ISBN 978 3 406 74761 8

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Livonia Print, SIA
Ventspils 50, LV-1002 Riga, Lettland

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Clemens Arzt	Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Prof. Dr. Tristan Barczak, LL.M.	Professor an der Universität Passau
Vincent Basteck	Richter am Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Frank Braun	Professor an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Münster
Antonia Buchmann	Referentin für Sicherheit und Europa, Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Prof. Dr. Christoph Gusy	Professor an der Universität Bielefeld
Dr. Manuel Kamp	Leitender Regierungsdirektor, Polizei Nordrhein-Westfalen
Christoph Keller	Polizeidirektor, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Münster
Prof. Dr. Dieter Kugelmann ...	Professor an der Deutschen Hochschule der Polizei, Münster; Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Sebastian Lottkus	Oberregierungsrat, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW
Prof. Dr. Markus Möstl	Professor an der Universität Bayreuth
Ines Molitor	Kreisgeschäftsführerin der Kreisbauernschaften Rhein-Berg e.V. und Oberberg e.V. beim Rheinischen Landwirtschafts Verband e.V.
Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Muckel	Professor an der Universität zu Köln
Jan Nayebagha	Referent, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Essen
Prof. Dr. Markus Ogorek, LL.M. (Berkley)	Direktor des Instituts für öffentliches Recht und Verwaltungslehre, Universität Köln
Dr. Daniela Schroeder, LL.M. .	Rechtsanwältin und Fachanwältin für Verwaltungsrecht, Köln
Prof. Dr. Meinhard Schröder ..	Professor an der Universität Passau
Prof. Dr. Dr. Markus Thiel	Professor an der Deutschen Hochschule der Polizei, Münster
Thomas Traub	Oberregierungsrat, Hochschuldozent an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl
Prof. Dr. Fabian Wittreck	Professor an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
Dr. Christoph Worms	Rechtsanwalt, Paderborn

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Das Recht der polizeilichen und ordnungsbehördlichen Gefahrenabwehr ist das Herzstück des klassischen rechtsstaatlichen Verwaltungsrechts; zugleich ist es – aufgrund neuer Bedrohungen und neuer Möglichkeiten (vor allem der Datenverarbeitung) – ein stark im Wandel begriffenes Rechtsgebiet. In der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands ist es traditionell Ländersache; aus ihrer originären Zuständigkeit für das Recht der polizeilichen Sicherheitsgewährleistung, dieser ältesten und grundlegendsten aller Staatsaufgaben, schöpfen die deutschen Länder einen wesentlichen Teil ihrer fortbestehenden Staatlichkeit.

Die landesrechtliche Natur des Polizei- und Ordnungsrecht stellt für seine wissenschaftliche Durchdringung und literarische Aufarbeitung eine Herausforderung dar: Landesübergreifende Werke können oft nicht genügend Rücksicht auf landesspezifische Besonderheiten nehmen; für jedes einzelne Land eine qualitativ hochwertige gesonderte Darstellung vorzulegen, ist hingegen schwierig.

Der vorliegende – zunächst für fünf große Bundesländer erscheinende – Beck'sche Online-Kommentar zum Polizei- und Ordnungsrecht der Länder möchte diese Herausforderung annehmen. Für jedes Land erscheint ein eigener, von einem speziellen Autorenteam aus Wissenschaftlern und Praktikern des jeweiligen Bundeslandes verfasster landesspezifischer Kommentar. Verkrammt werden die fünf Einzelkommentare andererseits durch eine gemeinsame Konzeption und technische Plattform sowie durch einen den Kommentierungen vorangestellten einheitlichen Einleitungsteil mit systematischen und begrifflichen Vorbermerkungen zum Polizeirecht in Deutschland sowie zur JI-Richtlinie, in dem insbesondere verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Rahmenbedingungen sowie übergreifende dogmatische Strukturen des Rechtsgebiets vorgestellt werden. Die durch die Online-Technik möglichen Vorteile sollen konsequent genutzt werden, insbesondere auch durch Verlinkung mit den Parallelvorschriften aus den anderen Bundesländern, die dem Leser auf diese Weise auch den Reichtum der zum Polizeirecht der anderen Bundesländer ergangenen Rechtsprechung und Literatur erschließen.

Die Herausgeber und Autoren sowie der Verlag hoffen, mit diesem Kommentar, der nunmehr auch als Printversion vorgelegt wird, die wissenschaftliche und praktische Befassung mit dem landesrechtlichen Polizei- und Ordnungsrecht in Deutschland weiter voranzubringen.

Das Polizei- und Ordnungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen ist aus der preußischen Tradition erwachsen und auf mehrere Gesetze verteilt. Diese Entwicklung wird in einem einleitenden Teil der Kommentierung dargestellt. Das Polizeigesetz (PolG) bildet dann den Schwerpunkt der Kommentierungen. In den letzten Jahren hat es grundlegende Änderungen erfahren, die eingehend dargestellt und bewertet werden. Besonderer Wert wird auf das Einbeziehen von aktuellen Entwicklungen und auch der auf Nordrhein-Westfalen bezogenen Rechtsprechung gelegt. Damit wird dem Anspruch der Kommentierungen auf Nutzbarkeit und Praxistauglichkeit Rechnung getragen. Dies gilt auch für die Kommentierungen des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) und des Ordnungsbehördengesetzes (OBG). Polizei- und Ordnungsbehörden, Anwältinnen und Anwälte, Gerichte und Wissenschaft aber auch Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen sollen einfach und schnell Zugang zu den Rechtsfragen finden.

Neben die Ausrichtung auf die Anwendungspraxis tritt das Ziel, das nordrhein-westfälische Polizei- und Ordnungsrecht wissenschaftlich zu durchdringen. Zu den grundsätzlichen Vorschriften etwa über Aufgaben, Befugnisse oder Verantwortlichkeit können die übergreifenden Diskussionen ebenso einbezogen werden wie zu einzelnen Befugnissen, die spezifisch auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassungsordnung untersucht werden. Unterschiedliche Ebenen der Kommentierung erlauben dabei Abschichtungen von Diskussionsebenen und die Auslagerung von weiterführenden Verweisen oder einzelnen Vertiefungen. Dies steigert die Lesbarkeit und erleichtert den schnellen Zugriff. Nutzer oder Nutzerinnen, die eine Einzelfrage zügig klären wollen, werden damit ebenso angesprochen wie der Leser oder die Leserin, die sich vertieft mit einer Thematik beschäftigen möchte.

Vorwort

Das Streben nach Erreichen dieser Ziele durchzieht die Kommentierungen. Die spezifischen Möglichkeiten eines Online-Kommentars erlauben es, einfach und schnell nachzusteuern. Dies betrifft nicht nur Ergänzungen, sondern insbesondere auch Aktualisierungen. Das deutsche, europäische und internationale Sicherheitsrecht ist in ständiger Bewegung, die sich auf das Landesrecht Nordrhein-Westfalens auswirkt. Diese Prozesshaftigkeit soll durch die Kommentierungen abgebildet werden. Sie sollen einen Beitrag leisten zur Wahrung eines an Freiheit und Rechtsstaatlichkeit orientierten nordrhein-westfälischen Polizei- und Ordnungsrechts.

Bayreuth und Münster im Juni 2020

*Markus Möstl
Dieter Kugelmann*



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XV

Systematische und begriffliche Vorbemerkungen

Systematische und begriffliche Vorbemerkungen zum Polizeirecht in Deutschland	1
Entwicklung und Strukturen des Polizei- und Ordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen	53
Einführung in die Datenschutz-Richtlinie (EU) 2016/680 (JI-RL)	61

Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (PolG NRW)

Erster Abschnitt. Aufgaben und allgemeine Vorschriften

§ 1 Aufgaben der Polizei	77
§ 2 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	166
§ 3 Ermessen, Wahl der Mittel	172
§ 4 Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen	181
§ 5 Verantwortlichkeit für den Zustand von Sachen	192
§ 6 Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen	198
§ 6a [aufgehoben]	203
§ 7 Einschränkung von Grundrechten	206

Zweiter Abschnitt. Befugnisse der Polizei

Erster Unterabschnitt. Allgemeine Befugnisse, Begriffsbestimmung

§ 8 Allgemeine Befugnisse, Begriffsbestimmung	212
---	-----

Zweiter Unterabschnitt. Datenverarbeitung

Erster Titel. Datenerhebung

I. Befragung, Auskunftspflicht, allgemeine Regeln der Datenerhebung, Vorladung

§ 9 Allgemeine Regeln, Befragung, Auskunftspflicht	251
§ 10 Vorladung	265

II. Datenerhebung in bestimmten Fällen

§ 11 Erhebung von Personaldaten zur Vorbereitung für die Hilfeleistung und das Handeln in Gefahrenfällen	274
§ 12 Identitätsfeststellung	277
§ 12a Polizeiliche Anhalte- und Sichtkontrollen (strategische Fahndung)	289
§ 13 Prüfung von Berechtigungsscheinen	304
§ 14 Erkennungsdienstliche Maßnahmen	309
§ 14a Molekulargenetische Untersuchungen zur Identitätsfeststellung	315
§ 15 Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen	326
§ 15a Datenerhebung durch den offenen Einsatz optisch-technischer Mittel	333
§ 15b Datenerhebung zur Eigensicherung	343
§ 15c Datenerhebung durch den Einsatz körpernah getragener Aufnahmegeräte	346

III. Besondere Mittel der Datenerhebung

§ 16 Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei der Datenerhebung mit besonderen Mitteln	365
§ 16a Datenerhebung durch Observation	373
§ 17 Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel	380

Inhaltsverzeichnis

		Seite
§ 18	Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen	387
§ 19	Datenerhebung durch den Einsatz von Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei Dritten nicht bekannt ist	393
§ 20	Datenerhebung durch den Einsatz Verdeckter Ermittler	401
§ 20a	Abfrage von Telekommunikations- und Telemediendaten	409
§ 20b	Einsatz technischer Mittel bei Mobilfunkendgeräten	425
§ 20c	Datenerhebung durch die Überwachung der laufenden Telekommunikation ..	428
§ 21	Polizeiliche Beobachtung	447
Zweiter Titel. Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten		
§ 22	Datenspeicherung, Prüfungstermine	452
§ 22a	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	469
§ 22b	Kennzeichnung in polizeilichen Dateisystemen	472
§ 23	Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten, Zweckbindung, Zweckänderung	477
§ 24	Weiterverarbeitung zu besonderen Zwecken	487
§ 24a	Weiterverarbeitung zu wissenschaftlichen Zwecken	493
§ 25	Datenabgleich	496
Dritter Titel. Datenübermittlung		
I. Allgemeine Regeln der Datenübermittlung		
§ 26	Allgemeine Regeln der Datenübermittlung, Übermittlungsverbote und Verweigerungsgründe	501
II. Datenübermittlung durch die Polizei		
§ 27	Datenübermittlung im innerstaatlichen Bereich	513
§ 28	Datenübermittlung im Bereich der Europäischen Union und deren Mitgliedsstaaten	532
§ 29	Datenübermittlung im internationalen Bereich	534
III. Datenübermittlung an die Polizei		
§ 30	Datenübermittlung an die Polizei	539
IV. Rasterfahndung		
§ 31	Rasterfahndung	546
Vierter Titel. Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten		
§ 32	Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Weiterverarbeitung von Daten	553
Fünfter Titel. Sicherung des Datenschutzes		
§ 33	Benachrichtigung bei verdeckten und eingriffsintensiven Maßnahmen	568
§ 33a	Benachrichtigung im Falle der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten	578
§ 33b	Protokollierung bei verdeckten oder eingriffsintensiven Maßnahmen	583
§ 33c	Datenschutzkontrolle	586
Dritter Unterabschnitt. Platzverweisung, Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt		
§ 34	Platzverweisung	587
§ 34a	Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt	607
§ 34b	Aufenthaltsvorgabe und Kontaktverbot	623
§ 34c	Elektronische Aufenthaltsüberwachung	636

Inhaltsverzeichnis

Seite	
§ 34d Strafvorschrift	650

Vierter Unterabschnitt. Gewahrsam

§ 35 Gewahrsam	658
§ 36 Richterliche Entscheidung	689
§ 37 Behandlung festgehaltener Personen	711
§ 37a Fixierung festgehaltener Personen	730
§ 38 Dauer der Freiheitsentziehung	735

Fünfter Unterabschnitt. Durchsuchung

Erster Titel. Durchsuchung von Personen

§ 39 Durchsuchung von Personen	746
--------------------------------------	-----

Zweiter Titel. Durchsuchung von Sachen

§ 40 Durchsuchung von Sachen	760
------------------------------------	-----

Dritter Titel. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen

§ 41 Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	770
§ 42 Verfahren bei der Durchsuchung von Wohnungen	785

Sechster Unterabschnitt. Sicherstellung und Verwahrung

§ 43 Sicherstellung	790
§ 44 Verwahrung	806
§ 45 Verwertung, Vernichtung	810
§ 46 Herausgabe sichergestellter Sachen oder des Erlöses, Kosten	815

Dritter Abschnitt. Vollzugshilfe

§ 47 Vollzugshilfe	820
§ 48 Verfahren	844
§ 49 Vollzugshilfe bei Freiheitsentziehung	846

Vierter Abschnitt. Zwang

Erster Unterabschnitt. Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen

§ 50 Zulässigkeit des Verwaltungszwanges	854
§ 51 Zwangsmittel	861
§ 52 Ersatzvornahme	863
§ 53 Zwangsgeld	870
§ 54 Ersatzzwangshaft	873
§ 55 Unmittelbarer Zwang	877
§ 56 Androhung der Zwangsmittel	884

Zweiter Unterabschnitt. Anwendung unmittelbaren Zwanges

§ 57 Rechtliche Grundlagen	888
§ 58 Begriffsbestimmungen, zugelassene Waffen	892
§ 59 Handeln auf Anordnung	897
§ 60 Hilfeleistung für Verletzte	901
§ 61 Androhung unmittelbaren Zwanges	903
§ 62 Fesselung von Personen	910
§ 63 Allgemeine Vorschriften für den Schusswaffengebrauch	915
§ 64 Schusswaffengebrauch gegen Personen	922
§ 65 Schusswaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge	928
§ 66 Besondere Waffen, Sprengmittel	931

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Fünfter Abschnitt. Entschädigungsansprüche	
§ 67 Entschädigungsansprüche	936
§ 68 Berichtspflichten gegenüber dem Landtag	946
Gesetz über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen – Polizeiorganisationsgesetz (POG NRW) –	
Erster Abschnitt. Organisation der Polizei	
§ 1 Träger der Polizei	951
§ 2 Polizeibehörden	975
§ 3 Wasserschutzpolizei	985
§ 4 Polizeieinrichtungen	987
Zweiter Abschnitt. Aufsicht	
§ 5 Aufsicht (Dienst- und Fachaufsicht)	990
§ 6 [aufgehoben]	996
Dritter Abschnitt. Örtliche Zuständigkeit	
§ 7 Örtliche Zuständigkeit der Polizeibehörden und der Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamten in Nordrhein-Westfalen	997
§ 8 Amtshandlungen von Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamten außerhalb Nordrhein-Westfalens	1008
§ 9 Amtshandlungen von Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamten anderer Länder und des Bundes, Zollbediensteten in den Vollzugsbereichen der Zollverwaltung des Bundes sowie von Angehörigen des Polizeidienstes anderer Staaten in Nordrhein-Westfalen	1030
Vierter Abschnitt. Sachliche Zuständigkeit	
§ 10 Allgemeine sachliche Zuständigkeit der Polizeibehörden	1038
§ 11 Sachliche Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden	1044
§ 12 Autobahnpolizei	1054
§ 13 Sachliche Zuständigkeit des Landeskriminalamtes	1057
§ 13a Sachliche Zuständigkeit des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste ...	1065
§ 13b Sachliche Zuständigkeit des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei	1068
§ 14 Außerordentliche Zuständigkeit	1070
Fünfter Abschnitt. Polizeibiräte	
§ 15 Polizeibiräte, Mitgliederzahl	1073
§ 16 Aufgaben des Polizeibirats	1074
§ 17 Wahl der Mitglieder	1077
§ 18 Sitzungen des Polizeibirats, Vorsitz, Geschäftsordnung und Geschäftsführung	1081
§ 19 Neuwahl der Polizeibiräte	1083
Sechster Abschnitt. Übergangs- und Schlussvorschriften	
§ 20 Verwaltungsvorschriften	1085
§ 21 In-Kraft-Treten, Berichtspflicht	1085
Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) –	
Teil I. Aufgaben und Organisation der Ordnungsbehörden	
§ 1 Aufgaben der Ordnungsbehörden	1087
§ 2 Vollzugshilfe der Polizei	1091
§ 3 Aufbau	1093
§ 4 Örtliche Zuständigkeit	1094

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 5 Sachliche Zuständigkeit	1096
§ 6 Außerordentliche Zuständigkeit	1097
§ 7 Aufsichtsbehörden	1099
§ 8 Unterrichtungsrecht	1100
§ 9 Weisungsrecht gegenüber örtlichen und Kreisordnungsbehörden	1101
§ 10 Selbsteintritt	1103
§ 11 Befugnisse der Kommunalaufsichtsbehörden	1104
§ 12 Sonderordnungsbehörden	1105
§ 13 Dienstkräfte der Ordnungsbehörden	1106

Teil II. Befugnisse der Ordnungsbehörden

Abschnitt 1. Ordnungsverfügungen

§ 14 Voraussetzungen des Eingreifens	1109
§ 15 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	1112
§ 16 Ermessen	1116
§ 17 Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen	1117
§ 18 Verantwortlichkeit für den Zustand von Sachen	1128
§ 19 Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen	1134
§ 20 Form	1139
§ 21 Wahl der Mittel	1154
§ 22 Fortfall der Voraussetzungen	1158
§ 23 Versagung ordnungsbehördlicher Erlaubnisse	1159
§ 24 Geltung des Polizeigesetzes, Datenschutz	1163

Abschnitt 2. Ordnungsbehördliche Verordnungen

§ 25 Allgemeines	1165
§ 26 Verordnungsrecht der Ministerien	1178
§ 27 Verordnungsrecht der Ordnungsbehörden	1184
§ 28 Vorrang höherer Rechtsvorschriften	1187
§ 29 Inhalt	1189
§ 30 Form	1193
§ 31 Zu widerhandlungen gegen ordnungsbehördliche Verordnungen	1198
§ 32 Geltungsdauer	1200
§ 33 Verkündung, Inkrafttreten	1202
§ 34 Änderung oder Aufhebung	1207
§ 35 (aufgehoben)	1209
§ 36 (aufgehoben)	1209
§ 37 Wirkung von Gebietsveränderungen	1209
§ 38 Sonstige Anordnungen	1211

Teil III. Allgemeine Bestimmungen

§ 39 Zur Entschädigung verpflichtende Maßnahmen	1213
§ 40 Art, Inhalt und Umfang der Entschädigungsleistung	1228
§ 41 Verjährung des Entschädigungsanspruchs	1235
§ 42 Entschädigungspflichtiger	1236
§ 43 Rechtsweg für Entschädigungs-, Ersatz- und Erstattungsansprüche	1239
§ 44 Einschränkung von Grundrechten	1240
§ 45 Kosten	1241
§ 46 Gebühren	1242

Teil IV. Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 47 Überleitung der Zuständigkeiten	1243
§ 48 Besondere Regelungen über die Zuständigkeit	1243
§ 49 [aufgehoben]	1245
§ 50 [aufgehoben]	1245

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 51 Übergangsvorschrift zu § 41	1245
§ 52 Schlussbestimmung	1246
Sachverzeichnis	1247


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG